

S A P Kalkreuthstraße 7 1000 Berlin 30



P R E S S E M I T T E I L U N G

18.10.1990

Aids-Selbsthilfegruppen fordern Ablösung von Senatorin Stahmer

Als endgültigen Beweis des Scheiterns der Aids-Politik von Gesundheitssenatorin Ingrid Stahmer haben der Projektleiter des STOP AIDS PROJEKTS BERLIN, Andreas Salmen und das Vorstandsmitglied von Mann-O-Meter, Wolfgang Erichson, die Erklärungen der Senatorin im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses vom 17. Oktober 1990 gewertet.

Die Erklärung von Frau Stahmer, die vom Parlament bewilligten zusätzlichen Mittel für die Aids-Selbsthilfegruppen nicht ohne weiteres diesen auch zukommen lassen zu wollen, ist eine Kampfansage an die vor Ort tätigen Gruppen. Insbesondere da sich der Beschluß des Hauptausschusses an den Mehrbedarfsanträgen der Selbsthilfeinitiativen für 1991 ausrichtet.

"Frau Stahmer hat es in fast zwei Jahren Amtszeit nicht geschafft ein eigenes Konzept der Aids-Politik zu entwickeln und umzusetzen. Die Berliner Aids-Politik kam in der letzten Zeit aktuellen Anforderungen durch die Aids-Epidemie nur völlig unzureichend nach", erklärte Andreas Salmen.

Wolfgang Erichson stellte fest: "Wer kein eigenes Konzept hat, aber die erfolgreiche Arbeit der Betroffeneninitiativen lahmzulegen versucht, geht mit der Axt an die gesamte Aids-Selbsthilfe in Berlin. Wer, wie Frau Stahmer, in seiner bisherigen Amtszeit die Aids-Problematik in schlimmer Weise vernachlässigt hat, hat auch nicht das Recht, die vom Parlament bewilligten Mittel nach eigenem Willkürdenken zu verteilen."

Der Ansatz von Senatorin Stahmer - bei der in die Krise geratenden ambulanten Versorgung für Menschen mit Aids nachzubessern - wird vom STOP AIDS PROJEKT und Mann-O-Meter e.V. begrüßt. "Die ambulante Versorgung der Erkrankten darf aber nicht gegen Initiativen der Prävention für die meist betroffenen Gruppen der schwulen Männer und der Drogengebraucher ausgespielt werden. Solange keine kausale Therapie der HIV-Erkrankung existiert, ist eine funktionierende Prävention der einzige Weg Menschenleben zu retten", sagte Salmen. Insofern sei der Versuch Mittel für die ambulante Versorgung zu erhalten, indem gerade die zielgruppennah arbeitenden Präventionsinitiativen STOP AIDS PROJEKT (schwule und bisexuelle Männer) und Fixpunkt (Drogengebraucher) von Stahmer angegriffen würden, nur noch skandalös.

STOP-AIDS-PROJEKT BERLIN
Mann-O-Meter e.V.
Kalkreuthstraße 7
1000 Berlin 30
Mo-Do 10-17, Fr 10-14 Uhr

Telefon 030/242012 /-2-
Telefax 030/2117885
Geschäftskonto: 1836750001 Berliner Bank (BLZ 100 200 00)
Spendenkonto: 1836750002 Berliner Bank (BLZ 100 200 00)
(Spenden sind steuerabzugsfähig)

"Die Senatorin sollte vielmehr für Ordnung im eigenen Hause sorgen. Dieses Jahr werden von der Senatsgesundheitsverwaltung mutmaßlich Gelder für 14 Stellen aus dem Bundesmodellprojekt Ambulante Versorgung an Bonn zurückgegeben, da einige Träger der freien Wohlfahrtspflege diese Gelder nicht nutzten. Diese Gelder sollten unbürokratisch und schnell den neuen Initiativen für Schwerstpflege im Aids-Bereich, SIDA e.V. und AdHoc e.V., zur Verfügung gestellt werden", so Salmen weiter.

"Eine Senatorin, die den Konsens zwischen den Parteien und den Selbsthilfegruppen aushebelt, sollte sich überlegen, ob sie sich nach den Wahlen nicht auf ein Betätigungsfeld konzentriert, wo sie weniger Schaden anrichtet, als derzeit in der Gesundheitspolitik", so Wolfgang Erichson.

Kontakt: Jürgen Vetter, Tel. 24 20 12

Sechs Millionen DM zusätzlich für soziale Projekte

Zugunsten verschiedener Bereiche der Sozialpolitik hat der parlamentarische Hauptausschuß gestern rund sechs Millionen DM zusätzlich bereitgestellt. Die aus anderen Ressorts durch Umschichtung gewonnenen Mittel werden zur Verstärkung der Jugendarbeit in sozial schwachen Bezirken, für die Betreuung Drogensüchtiger und die verbesserte Ausstattung von Frauenprojekten verwendet, ferner für mehrere Schwulen- und Lesbenprojekte. Allein 200 000 DM zusätzlich sollen nach einer gemeinsamen Presseerklärung von AL und SPD der Aufklärungs- und Bildungsarbeit „mit Jugendlichen, Eltern und MultiplikatorInnen vor dem Hintergrund rechtsradikaler Tendenzen sowie für coming-out-Arbeit“ zugute kommen.

In der Gesundheitspolitik wird es 1,2 Millionen DM mehr für die Träger der Sozialstationen geben und 500 000 DM für die bessere Ausstattung von bezirklichen Einrichtungen der psychosozialen Betreuung. Eine weitere halbe Million ist für die Unterbringung Obdachloser vorgesehen. Koalitionsinternen Streit gab es gestern über die 470 000 DM, die zusätzlich für AIDS-Projekte in den Haushalt eingestellt werden sollen. Sozialsenatorin Stahmer kündigte vor dem Ausschuß an, sie fühle sich nicht an die Forderungen der verschiedenen Selbsthilfegruppen gebunden. (Tsp)